

WOCHENRÜCKBLICK



Verhinderung der Neuauszählung ist demokratiefeindlich

Der Wahlprüfungsausschuss des Deutschen Bundestags hat gegen die Stimmen der AfD und mit den Stimmen aller anderen Fraktionen den Antrag des BSW auf Neuauszählung der Bundestagswahl abgelehnt.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, bezeichnet dieses Vorgehen als einer Demokratie unwürdig und sehr gefährlich:

"Dass die AfD seit geraumer Zeit die einzige politische Kraft in Deutschland ist, die demokratische Grundsätze entschieden verteidigt, selbst wenn es ihr selbst zum Nachteil geraten könnte, ist entlarvend. Für uns steht fest: die Korrektheit der Wahlergebnisse ist keine Frage der Ideologie, sondern allein eine Frage der Mathematik.

Die Zweifel an der Korrektheit der Ergebnisse sind groß und berechtigt. Das jetzige Wahlergebnis wird immer einen Makel behalten. Dass grade die Parteien, die es in den Deutschen Bundestag geschafft haben, nun über das Schicksal politischer Mitbewerber in der Weise entschieden haben, die existenziell für diese und mehr als fragwürdig ist, ist für viele Bürger ein weiterer Grundstein Richtung Abgrund. Und das ist eine äußerst gefährliche Entwicklung."





Vizekanzler mit Chinaconnection?

"Dass der 'Vizekanzler' bei einer Chinareise, die er als solcher angetreten hat, die vollständig vom Steuerzahler bezahlt wird und anlässlich der er die Bundesrepublik Deutschland im Ausland vertreten soll, offensichtlich Parteitermine anberaumt und wahrnimmt, von denen die Bundesregierung nichts weiß, und mit SPD-Parteifahne posiert während er sich mit hochrangigen Vertretern der Kommunistischen Partei Chinas trifft, ist völlig inakzeptabel. Entweder ist er als Vertreter Deutschlands unterwegs, nutzt die Flugbereitschaft der Bundeswehr und lässt sich das alles mit Steuergeld finanzieren oder er tingelt als SPD-Vorsitzender durch die Weltgeschichte – dann hat es die Partei zu bezahlen. Uns stellt sich daher auch die Frage, wie weit genau Klingbeils "Chinaconnection" geht und welches Interesse der Steuerzahler an seinen Parteiterminen und seinen guten Kontakten zu den chinesischen Kommunisten haben sollte. Wir fordern Aufklärung und Kostenübernahme durch die SPD."

Abmahnung – AfD setzt sich gegen Innenminister Maier zur Wehr

Der thüringische Innenminister Georg Maier (SPD) hatte zuletzt behauptet, dass es ein „Remigrationskonzept der AfD“ gebe, das menschenwürdevoll die „Deportation von Deutschen“ beinhalte. Gegen diese unwahre und rufabträgliche Behauptung richtet sich nun ein anwaltliches Abmahnschreiben, das der Bundesverband der Alternative für Deutschland (AfD) heute verschickt hat. Denn richtig ist: Seit Anfang 2024 wird auf der Seite www.afd.de/remigration/ zweifelsfrei dargelegt, wie die AfD den Begriff der Remigration versteht. Dort heißt es u.a.:

- Die AfD unterscheidet nicht zwischen deutschen Staatsangehörigen mit und ohne Migrationshintergrund. Alle Deutschen sind ohne Ansehen von Herkunft, Abstammung, Weltanschauung oder Religionszugehörigkeit Teil unseres Staatsvolks.
- Die vielen gut integrierten Bürger mit Migrationshintergrund in Deutschland, welche die Chancen ergriffen haben, die unser Land bietet, leisten einen wichtigen Beitrag für unsere Wirtschaft und Gesellschaft. Sie sind uns ausdrücklich willkommen – die Politik der AfD vertritt auch ihre Interessen!
- Verfassungswidrige Forderungen wie eine willkürliche kollektive Abschiebung von Ausländern unabhängig von einem bestehenden individuellen Aufenthaltsrecht oder gar die Abschiebung deutscher Staatsbürger mit Migrationshintergrund stoßen auf unsere entschiedene Ablehnung.

Stephan Brandner dazu: „Vor diesem Hintergrund erweisen sich pauschale, unqualifizierte Vorwürfe des SPD-Innenministers, der seit Jahren mit Ausfällen gegen die AfD auffällig ist und um sein politisches Überleben als Vorsitzender einer bald an der 5-Prozenthürde kratzenden Landespartei kämpft, wieder einmal als unzulässig und rechtswidrig.“



Die neue KLARTEXT ist da!

Die neue KLARTEXT ist da!

STEPHAN BRANDNER
stellv. Bundesvorsitzender

AfD



**STEPHAN
BRANDNER**

Aktuelle Videos



Pressekonferenz zur Wahlprüfung



Plenardienst



Besuchergruppe aus Bremen



**STEPHAN
BRANDNER**

Bürgerdialog und Weihnachtsfeier bei Traunstein



Frühschoppen mit dem Nikolaus



Bürgerdialog in Altusried



**STEPHAN
BRANDNER**

Rückblick auf die Plenarwoche, 3.12.2025

Bundesfinanzminister Lars Klingbeil (SPD) hat in der Befragung der Bundesregierung am Mittwoch die Prioritäten der Bundesregierung hervorgehoben. Dazu zählen für ihn die Sicherung von Arbeitsplätzen und der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit. Dr. Michael Ependiller (AfD) konfrontierte den Finanzminister mit der „aufgeweichten“ Schuldenbremse und der OECD-Prognose von einem Prozent Wirtschaftswachstum.

Maximilian Kneller (AfD) sprach zum Thema Extremismus die Protestaktionen anlässlich der Gründung der neuen Jugendorganisation der AfD am zurückliegenden Wochenende in Gießen an. Kanzleramtsminister Frei machte deutlich, dass Extremismus in jeder Form eine Gefahr für Staat und Gesellschaft sei. Der Staat müsse sicherstellen, dass alle Förderungen der Stützung der Verfassung dienen. Es sei nicht akzeptabel, das Gewaltmonopol infrage zu stellen; der Rechtsstaat werde durchgesetzt, betonte Frei auf eine Nachfrage des AfD-Abgeordneten Stephan Brandner. Dieser stellte auch die Frage: „Was war denn der Anteil dieser brutalen Ausbrüche in Gießen, der ganz rechts zugeschrieben wird?“

An Frank Schwabe, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, stellte **Stephan Brandner** bezüglich der etwa 1 Million unerledigten Fälle folgende Frage: „Wie wollen Sie diese konkreten Probleme vor Ort, insbesondere bei den Staatsanwaltschaften, angehen?“ Eine zweite Baustelle seien die Verwaltungsgerichte. Diese ächzten ja unter dem Eingang von Asylklagen, geschätzt ungefähr 150.000 neue Eingänge bei den Verwaltungsgerichten in Asylverfahren. „Daher meine Frage: Gehen Sie diesen Komplex Asylklageindustrie an, oder lassen Sie den auch links liegen?“

Im Bundestag ist es am Mittwoch in einer Aktuellen Stunde über „**linksextreme Gewalt** und die Geschehnisse um die Neugründung des AfD-Jugendverbandes in Gießen“ zu einer scharfen Kontroverse über die Vorkommnisse vom vergangenen Wochenende in der hessischen Stadt gekommen. In der von der AfD-Fraktion beantragten Debatte beklagte Uwe Schulz (AfD), dass am Samstag „plangemäß gedrillte Lobbygruppen, NGOs und das übliche Demo-Personal in die Stadt“ eingefallen seien.

Der Bundestag hat zwei Anträge von Bündnis 90/Die Grünen mehrheitlich abgelehnt, die Aufnahmezusagen für afghanische Staatsbürger forderten.

Ein Antrag der AfD-Fraktion mit dem Titel „Den organisierten Betrug im Einbürgerungsverfahren verhindern – Das Verfahren betrugssicher neu konzipieren sowie bestehende Betrugsfälle aufdecken und darauf beruhende begünstigende Verwaltungsakte revidieren“ stand am Mittwoch auf der Tagesordnung des Parlaments.



Rückblick auf die Plenarwoche, 4.12.2025

Der Deutsche Bundestag hat am **Donnerstag** ein umfassendes Steuerentlastungspaket beschlossen. Christian **Douglas** (AfD) lobte zwar die Steuersenkung in der Gastronomie, bedauerte aber, dass Getränke davon ausgenommen blieben. Die Anhebung der Pendlerpauschale bezeichnete er als zu gering. Er forderte weniger EU-Bevormundung und eine Abschaffung der CO2-Steuer.

Der Bundestag hat sich mit drei Anträgen von Bündnis 90/Die Grünen zur Klimapolitik befasst. Eine Vorlage mit dem Titel „Luxusflüge besteuern – Klimaschutzlücke im Verkehr solidarisch angehen“ wurde abgelehnt. **Karsten Hilse (AfD)** nannte die Forderungen der Grünen „absurd“. So wollen die Grünen den Menschen einreden, sie würden „mit ihrem Lebensstil die Klimakrise heraufbeschwören“. Sie wollten ihnen daher auch verbieten, günstig zu heizen und Verbrenner-Autos zu fahren und raubten ihnen so die Freiheit.

Der Bundestag hat einen Antrag der AfD-Fraktion auf **„Entlassung des Staatsministers für Kultur und Medien“** mit den Stimmen aller übrigen Fraktionen abgelehnt. In der Debatte übte Martin Erwin Renner (AfD) scharfe Kritik am Kulturstatsminister. Es gehe einerseits um zahlreiche Urheberrechtsverletzungen. Zum anderen gehe es um bekannt gewordene Angebote, wonach die Weimer Media Group für Beträge bis zu 80.000 Euro „Zugang zu und Einflussnahme auf politische Entscheidungsträger“ erworben habe.

Die AfD-Fraktion hat einen Antrag mit dem Titel **„Geltendmachung von Regressansprüchen gegen den ehemaligen Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur Andreas Scheuer wegen des Scheiterns der Pkw-Maut“** eingebracht.

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages haben einen Gesetzentwurf der AfD **„zur Einführung der Haftung von Bundesministern bei Amtspflichtverletzungen“** mit der Mehrheit von CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke gegen die Stimmen der AfD abgelehnt.

Der Bundestag hat am Donnerstag erstmals einen Antrag der AfD-Fraktion mit dem Titel **„Für eine sichere Rente unserer Kinder – Junior-Spardepot“** debattiert. Dabei soll für jedes neugeborene Kind mit deutscher Staatsangehörigkeit und tatsächlichem Daueraufenthalt im Inland ein „Altersvorsorge-Fondssparplan“ und entsprechendes „Junior-Spardepot“ eingerichtet werden.



Rückblick auf die Plenarwoche, 5.12.2025

Der Bundestag hat am **Freitag** die gesetzlichen Grundlagen für einen „neuen attraktiven Wehrdienst“ geschaffen. Es wird ein Dienst auf freiwilliger Basis angestrebt. Werde ein sogenannter Aufwuchskorridor nicht eingehalten, soll es zu einer „Bedarfswehrpflicht“ kommen. Junge Menschen, die sich freiwillig für den Neuen Wehrdienst entscheiden, sollen ein attraktives Angebot erhalten. Dazu gehören eine moderne Ausbildung und eine monatliche Vergütung von mindestens 2.600 Euro brutto, der Soldat beziehungsweise die Soldatin auf Zeit soll 2.700 Euro brutto inklusive Unterbringung, erhalten. Bei einer Verpflichtung für mindestens ein Jahr wird zudem ein Zuschuss für den Pkw- oder Lkw-Führerschein gewährt.

In der Debatte vor der Abstimmung stieß das Wehrdienst-Modernisierungsgesetz bei den Oppositionsfraktionen auf mitunter heftige Kritik. **Rüdiger Lucassen (AfD)** hielt der Bundesregierung vor, sie packe das Personalproblem der Bundeswehr „nicht bei der Wurzel an“, sondern versuche es erneut, durch eine Steigerung der Attraktivität des Dienstes und mit mehr Geld zu lösen. Die Bundeswehr benötige keine Soldaten, die „wegen des Soldes“ kämen, sondern aus Überzeugung.

Der Bundestag hat nach einstündiger Aussprache das sogenannte **Rentenpaket der Bundesregierung** beschlossen.

Ulrike Schielke-Ziesing kritisierte für die AfD-Fraktion, dass die CDU/CSU-Fraktion in Kauf nehme, angesichts von möglichen Abweichlern in den eigenen Reihen den Gesetzentwurf ohne Kanzlermehrheit zu beschließen. Sie sprach von einem Gesetz, „das die Union mit Linksextremisten durchsetzen will“. Das Rentensystem sei nicht mehr finanzierbar, wenn es nicht grundlegend reformiert werde, warnte sie. Es gehe dabei um die Zukunft des Sozialstaates in Deutschland. Die jungen Abgeordneten in der Unionsfraktion hätten erkannt, dass das Gesetz so nicht kommen dürfe. Schielke-Ziesing warnte vor einem „Weg in sozialistische Armut“ und attackierte die Sozialdemokratie: „Die SPD kann keine Reformen und sie will keine Reformen. Wir haben eine Arbeitsministerin, die auf offener Bühne zum Klassenkampf aufruft.“ Milliardeninvestitionen deutscher Unternehmen landeten im Ausland.

Drei Anträge der AfD-Fraktion zur Finanzpolitik hat der Bundestag am **Freitag** beraten.

1. Die Bundesregierung soll sich dafür einsetzen, dass der digitale Euro nicht eingeführt wird.
2. „Strategisches Potenzial von Bitcoin erkennen – Freiheit bewahren durch Zurückhaltung in der Besteuerung und Regulierung“
3. Die AfD-Fraktion will die verbindliche Annahme von Bargeld in Euro als gesetzlichem Zahlungsmittel im stationären Einzelhandel, in der Gastronomie sowie bei Dienstleistungen mit unmittelbarem persönlichem Kundenkontakt sichergestellt wissen.



Unsere nächsten Termine: Start 2026



MIT THOMAS HOFFMANN, MDL

DONNERSTAG, 8. JANUAR 2024
18:00 UHR
Wahlkreisbüro Meuselwitz
Bebelstraße 21
04610 Meuselwitz
Anmeldung bis 2. Januar 2026 unter
Stephan.brandner.ma02@bundestag.de



MITTWOCH, 21. JANUAR 2026
18:00 UHR
Wahlkreisbüro Gera
Rudolf-Diener-Straße 21
07545 Gera
Anmeldung bis 14. Januar 2026 unter
stephan.brandner.ma04@bundestag.de



DONNERSTAG, 22. JANUAR 2026
18:00 UHR
Wahlkreisbüro Gößnitz
Zwickauer Straße 11
04639 Gößnitz
Anmeldung bis 14. Januar 2026 unter
stephan.brandner.ma02@bundestag.de



MIT THOMAS TROMMER

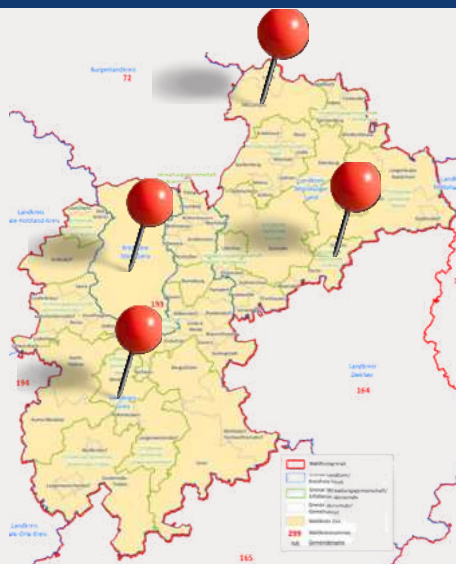
SAMSTAG, 24. JANUAR 2026
14:30 UHR
Wahlkreisbüro Weida
Platz der Freiheit 9
07570 Weida
Anmeldung bis 14. Januar 2026 unter
thomas.trommer@afd-greiz.de



Wir sind für Sie da:

📍 Wahlkreisbüro Gera
Rudolf-Diener-Straße 21,
07545 Gera
☎ Tel.: 03 65 - 20 42 41 30
📠 Fax: 03 65 - 22 69 12 50
✉ kontakt@brandner-im-bundestag.de
🕒 Geöffnet: Di.-Do. 10-17 Uhr

📍 Wahlkreisbüro Gößnitz
Zwickauer Straße 11,
04639 Gößnitz
☎ Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
✉ goessnitz@brandner-im-bundestag.de
🕒 Geöffnet: Do. und Fr. 10-17 Uhr



📍 Wahlkreisbüro Meuselwitz
Bebelstraße 21,
04610 Meuselwitz
✉ meuselwitz@brandner-im-bundestag.de

Neu! 🕒 Geöffnet: Di. 10-17 Uhr

📍 Wahlkreisbüro Weida
Platz der Freiheit 9,
07570 Weida
✉ weida@brandner-im-bundestag.de
🕒 Geöffnet: Do. 10-17 Uhr und jeden 1. Samstag im Monat: 8-11 Uhr

Besuchen Sie mich auch im Netz

 www.facebook.com/stBrandner
 www.instagram.com/stephanbrandner
 www.youtube.com/c/stephanbrandnermdb
 t.me/StephanBrandnerMdB
 www.tiktok.com/@brandner_afd
 <https://twitter.com/BrandnerSt>

